

Bundesamt für Verkehr (BAV)
3003 Bern

Bern, 05. Juli 2016
RPV / MM

Einführung eines Verpflichtungskredits zur Abgeltung von Leistungen im regionalen Personenverkehr (RPV) für die Jahre 2018 bis 2021

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die *FDP.Die Liberalen* begrüsst den Vorschlag des Bundesrates, an seinem Grundsatzentscheid zugunsten eines Verpflichtungskredits für den regionalen Personenverkehr (RPV) für den Zeitraum 2018-2021 festzuhalten. Die Änderung des Instruments weg von einem Zahlungsrahmen zu einem Verpflichtungskredit über vier Jahre bringt dem Bundesamt für Verkehr (BAV) mehr Spielraum in der Festlegung der Angebotsvereinbarungen. Dadurch wird die Transparenz wie auch die Verbindlichkeit gegenüber den Transportunternehmen verbessert.

Ebenfalls einverstanden ist die FDP mit der leichten Erhöhung des Verpflichtungskredites auf 3970 Mio. CHF für die Periode 2018-2021. Im Vergleich mit dem ursprünglichen Finanzplan des Bundes entspricht dies einer leichten Erhöhung der Mittel um 46,4 Mio. CHF. Gemäss den Schätzungen für den Finanzierungsmehrbedarf des RPV wären für 2018-2021 zusätzliche Abgeltungen vom Bund von 137,4 Mio. CHF (gegenüber dem Finanzplan) notwendig gewesen. Diese Summe kann jedoch aufgrund der schwierigen Finanzlage und in Gegenwart des Stabilisierungsprogrammes 2017-2019 nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies ist richtig so. Denn im Unterschied zu anderen Bereichen erhält die Bahn mit der jetzigen Lösung trotzdem zusätzliche Mittel.

Nicht einverstanden ist die FDP mit der gestaffelten Freigabe des Verpflichtungskredites. Im Bundesbeschluss nach Art. 1 wird dem RPV der Gesamtkredit von 3970 Mio. CHF zugesprochen. Wieso in Art. 2 eine Staffelung für die Jahre 2018/19 eingeführt wurde, ist unverständlich. Einerseits wird dadurch die Planungssicherheit der Transportunternehmen geschmälert und andererseits wird die Flexibilität der jährlichen Budgetierung des Bundesrates eingeschränkt.

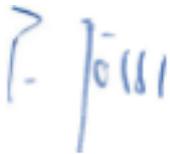
Im Generellen weist die FDP darauf hin, dass das grundsätzliche Problem der stetigen Verteuerung des RPV verstärkt angegangen werden muss. Denn wie der Erläuterungsbericht richtig darlegt, zeichnet sich eine langfristige Finanzierungsproblematik ab. Eine einfache Empfehlung des Bundes an die Branche, ihre Effizienz zu erhöhen, reicht nicht aus. Damit die Transportunternehmen langfristig ihre Kosten senken können, braucht es neben eigenen Anstrengungen weniger kostenintensive Ausbaupläne und eine geringere Regulierungsdichte von Seiten des Bundes und der Kantone.

Die FDP-Liberale Fraktion hat in der Motion [16.3451 – Teuerung nur ausgleichen, wenn es eine Teuerung gibt](#) gefordert, dass Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen im Umfang der geplanten Teuerung gesperrt bleiben. Sobald sich die zugrundeliegende Teuerungsannahme verwirklicht, soll der Bundesrat befugt sein, die Sperre ganz oder teilweise aufzuheben. Damit wird verhindert, dass bei mehrjährigen Finanzbeschlüssen zu hohe oder zu tiefe Teuerungsausgleiche bezahlt werden. Diese Forderung soll auch bereits beim Verpflichtungskredit zugunsten des RPV berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gossi in blue ink.

Petra Gossi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in blue ink.

Samuel Lanz